



EUROPEAN
TRANSPORT
WORKERS'
FEDERATION

ETF-Vision für nachhaltigen Verkehr

Politisches Positionspapier



VERKEHR ...

- ▶ ist essenziell für die Wirtschaft; versorgt Unternehmen und Menschen mit Gütern;
- ▶ ist essenziell für die Mobilität der Menschen
- ▶ ist unverzichtbar für die Einbeziehung und Teilhabe der Menschen an Bildung, Beschäftigung, Kultur und am sozialen Leben, insbesondere für Frauen – nachhaltige Mobilität ist ein Bürgerrecht;
- ▶ ist für die Kontinuität insbesondere in Krisenzeiten unerlässlich, wie die Covid-19-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und auch Klimakatastrophen gezeigt haben,;
- ▶ ist – folglich – eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr;;
ist jedoch „mit Kosten verbunden“: Der Verkehr trägt mit rund 25 % zu den Treibhausgasemissionen und damit zur Erderwärmung bei; er trägt zur Luft-, Lärm- und Wasserverschmutzung bei.

TRANSPORTBESCHÄFTIGUNG ...

- ▶ trägt mit etwa 10 Millionen direkt beschäftigten ArbeitnehmerInnen (Mobilitätssektor) zum Arbeitsmarkt innerhalb der Europäischen Union und noch mehr auf gesamteuropäischer Ebene bei, ohne Berücksichtigung des indirekten Beitrags zur Schaffung von Arbeitsplätzen in anderen Sektoren;
- ▶ ist in Krisenzeiten von entscheidender Bedeutung – Transportbeschäftigte sind Schlüsselkräfte, die Kontinuität der Dienstleistungen gewährleisten;
- ▶ ist gekennzeichnet durch eine alternde Belegschaft, die über dem Durchschnittsalter des EU-Arbeitsmarktes liegt;
- ▶ leidet zunehmend unter Arbeitskräftemangel;
- ▶ ist zunehmend sowohl im Personenverkehr als auch entlang der Lieferkette auf der Grundlage von Sozialdumping-Geschäftsmodellen organisiert;
- ▶ verliert zunehmend „gute Beschäftigung“ und gewinnt zunehmend prekäre Beschäftigung;
- ▶ muss die Attraktivität für junge ArbeitnehmerInnen verbessern, um dem Arbeitskräftemangel Einhalt zu gebieten, ein besseres Altersgleichgewicht sicherzustellen und den Wissenstransfer zu sichern;
- ▶ muss die Attraktivität für Frauen verbessern, um ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis zu erreichen; benötigt Lösungen für den systemischen Ausschluss von Frauen aus dem Transportarbeitsmarkt.

Diese Diskrepanz zwischen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung des Verkehrs und den sozialen Bedingungen der Beschäftigten im Verkehrssektor könnte durch angemessene Investitionen in bessere und nachhaltigere Arbeitsplätze für die Menschen, die die Dienstleistungen erbringen, beseitigt werden.

Dies würde den Verkehr in dreifacher Hinsicht zu einem nachhaltigeren Sektor machen: ökologisch, sozial und wirtschaftlich.



Die 7 GRUNDPINZIPIEN DER ETF FÜR EIN NACHHALTIGES VERKEHRSSYSTEM

Ein grüner Übergang zur CO₂-Neutralität

1. ist fair und basiert auf Grundsätzen für einen gerechten Übergang (just transition) und auf Gleichstellung für die Verkehrsbeschäftigten;
2. basiert auf Kooperation und Intermodalität: Jeder Verkehrssektor hat seinen Platz im Verkehrssystem und trägt zur grünen Transformation bei;
3. sichert den Zugang zu inklusiven und erschwinglichen öffentlichen Verkehrsdiensten von hoher Qualität für alle Menschen und auch Güter;

... basiert auf Sozialbedingungen

4. die faire Bezahlung und hochwertige Arbeitsbedingungen für TransportarbeiterInnen garantieren;
5. die für Frauen, junge Beschäftigte und Menschen aller Tendenzen in Bezug auf Gleichberechtigung inklusiv sind;
6. die sicher und frei von Gewalt und Belästigung sind;
7. die gewerkschaftliche Anerkennung, Tarifverhandlungen und einen sozialen Dialog gewährleisten.

Die Umsetzung dieser 7 Prinzipien ist entscheidend für die Gewährleistung eines nachhaltigen Verkehrs und geht Hand in Hand mit einer fairen und gender-sensitiven digitalen Transformation des Verkehrssektors.

7 POLITISCHE HANDLUNGSFELDER FÜR EIN NACHHALTIGES, FAIRES UND KLIMANEUTRALES VERKEHRSSYSTEM DER ZUKUNFT

Über alle Verkehrsträger hinweg identifizierte die ETF sieben Hauptaktionsbereiche für europäische, nationale und lokale Regierungen sowie Arbeitgeber und Sozialpartner, die für den jeweiligen Verkehrsträger zu spezifizieren sind.

1. Governance für eine ökologische und soziale Transformation von Verkehr und Mobilität

- ▶ Eine entschlossene politische Verpflichtung für eine ökologische und soziale Transformation von Verkehr und Mobilität auf allen politischen Ebenen;
- ▶ Ein sozialer Dialog und Beteiligung der Zivilgesellschaft an den zu treffenden Maßnahmen;
- ▶ Einen insgesamt gender-sensitive Ansatz und Gesamtkohärenz der Politiken und Maßnahmen für die Mobilität insgesamt sowie die verschiedenen Verkehrsträger;
- ▶ Garantien für einen gerechten Übergang auf der Grundlage von Dialog und Investitionen auch in die Beschäftigten;
- ▶ Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel.



2. Ein 'Just Transition'-Rahmen für Verkehrsbeschäftigte

- ▶ Detaillierte Analysen der sozialen Auswirkungen von Klimapolitiken vor deren Entscheidung, Veröffentlichung und Umsetzung verpflichtend machen;
- ▶ Bereitstellung einer angemessenen Finanzierung auf EU-, nationaler und regionaler Ebene; Generierung neuer finanzieller Mittel;
- ▶ Obligatorische Sozialverträglichkeitsprüfung auf Unternehmensebene – Antizipation der Auswirkungen auf Beschäftigung, Gleichstellung, Fähigkeiten und Schulungsbedarf, Auswirkungen auf Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz;
- ▶ Sozialdialog und Kollektivverhandlungen: ArbeitnehmervertreterInnen von Anfang an einbeziehen;
- ▶ Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen;
- ▶ Maßnahmen zur Sicherstellung von inhaltsreichen und befriedigenden Berufsbildern für die Arbeitnehmer des Sektors in Zeiten der Digitalisierung;
- ▶ Einrichtung von Fonds für maßgeschneiderte Unterstützungsmaßnahmen für ArbeitnehmerInnen, um bei Bedarf eine alternative Beschäftigung zu finden;
- ▶ Einrichtung von Rekrutierungsmaßnahmen, um auch in Zukunft geeignetes Personal, insbesondere Frauen, zu finden.

3. Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger in einem nachhaltigen multimodalen Verkehrssystem

- ▶ Massive Investitionen in zugängliche und erschwingliche öffentliche Verkehrsmittel sowie in die Infrastruktur nachhaltiger Verkehrsträger unter Berücksichtigung der Gleichstellung;
- ▶ Förderung eines nachhaltigen Verkehrs durch Zusammenarbeit, Multimodalität und fairen Wettbewerb, der durch faire und ausgewogene Regeln sichergestellt wird;
- ▶ Gewährleistung eines qualitativ hochwertigen öffentlichen Verkehrs durch Direktvergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge;
- ▶ Förderung sozial und ökologisch nachhaltiger Lieferketten für den Güterverkehr durch Anwendung aller verfügbaren politischen Instrumente;
- ▶ Nutzung der Digitalisierung zugunsten sozialer, inklusiver und ökologischer Nachhaltigkeit;

4. Faire Investitionen und Infrastrukturpolitik

- ▶ Soziale Auflagen für öffentliche Investitionen in Innovation und Technologie, einschließlich eines Human-Faktor-Ansatzes mit Priorität für umweltfreundlicheren Verkehr und emissionsarme Transportmittel;
- ▶ Soziale Konditionalität für Infrastrukturinvestitionen: Einhaltung der Sozialgesetzgebung, sozialer Dialog und Anwendung von Kollektivverträgen;
- ▶ Investitionen in multimodale Knotenpunkte und Terminals, Industrieanschlussgleise;
- ▶ Investitionen in entsprechende Infrastruktur, die die Sicherheit der TransportarbeiterInnen und hochwertige Arbeitsbedingungen gewährleistet (z. B. sichere Parkplätze, sichere Ladestationen, Zugang zu sanitären Einrichtungen);
- ▶ Investitionen in die Elektrifizierung mit 100 % CO₂-freier Energie und Infrastruktur für alternative Kraftstoffe für alle Verkehrsträger;



5. Faire Preise und Kostenteilung

- ▶ Anwendung des „Verursacherprinzips“ für alle Verkehrsträger unter Beachtung der Grundsätze des gerechten Übergangs und ohne die Arbeitnehmer zu beschuldigen und zu beschämen;
- ▶ CO₂-Grenzausgleichsmechanismus für die Luftfahrt und den internationalen Seeverkehr;
- ▶ Zugang zu bezahlbaren öffentlichen Verkehrsmitteln zur Inklusion und zur Vermeidung von Verkehrsarmut;
- ▶ Faire Bezahlung für Transportbeschäftigte (existenzsichernde Löhne, hochwertige Arbeitsbedingungen, Investitionen in Qualifikationen und Arbeitsschutz, Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles und ‘Care-Gefälles’)
- ▶ Stärkung der Tarifverhandlungen, der Sozialgesetzgebung und die Etablierung eines Mechanismus zur Vermeidung einer Kompensation höherer Umweltkosten durch Arbeitskosten;

6. Qualifikationen, Ausbildung, Arbeitsschutzanforderungen

- ▶ Aus- und Weiterbildung, die eine flexiblere, besser ausgebildete und Genderausgewogene Belegschaft gewährleisten kann, sowie eine Belegschaft, die auf neue Bedürfnisse und Marktveränderungen vorbereitet ist;
- ▶ Kosten für Ausbildung, Umschulung oder Höherqualifizierung müssen vom Arbeitgeber und/oder dem öffentlichen Sektor für die Beschäftigten getragen werden;
- ▶ spezifischer, Schulungen zum Umgang mit alternativen Kraftstoffen oder öko-fahren-fliegen-navigieren;
- ▶ Investitionen in Arbeitsschutzmaßnahmen im Hinblick auf den Umgang mit alternativen Kraftstoffen (einschließlich Elektrifizierung);

7. Anpassung an den Klimawandel und Resilienz

- ▶ Verpflichtende Aktionspläne auf nationaler Ebene zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit des Verkehrssystems gegen extreme Naturkatastrophen und von Menschen verursachte Katastrophen;;
- ▶ Investitionen in eine widerstandsfähigere Infrastruktur;
- ▶ Anpassungsstrategien auf Arbeitsplatzebene aushandeln, einschließlich Arbeitsschutzmaßnahmen;
- ▶ Förderung des sozialen Dialogs auf Unternehmensebene zur Antizipation und für Notfallsituationen.

Brüssel, 7. Juni 2023